



Beschlussauszug

Sitzung des Rates der Gemeinde Bestwig vom 20.12.2023

Top 10.1 **Entwurf der Haushaltssatzung der Gemeinde Bestwig mit ihren An-**
(öffentlich) **lagen für das Haushaltsjahr 2024**
 hier: 1. Veränderungsliste vom 14.12.2023

Zur Beratung und Entscheidung gelangt der Sachverhalt gemäß Verw.-Vorlage Nr. 114/2023-1, welche bereits in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 06.12.2023 vorgestellt worden ist.

Sodann erteilt **Bürgermeister Ralf Péus** dem **Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion, Ratsmitglied Alexander Brockhoff**, das Wort. Dieser hält folgende Haushaltsrede:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, verehrte Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates der Gemeinde Bestwig,

wir gehen in das vierte Jahr dieser Legislaturperiode. Und wie in den vergangenen Jahren auch, ist dieser Haushalt vor dem Hintergrund vieler Herausforderungen entstanden. Ganz nach dem Motto: „Nach der Krise ist vor der Krise“. Ist eine Herausforderung überstanden oder ebbt ab, kommt die nächste. Neben der Langzeitaufgabe rund um den Klimaschutz steht dieser Haushalt im Schatten des Ukrainekrieges, der Lage im Nahen Osten und die nicht enden wollende Flüchtlingssituation. Und weitere dunkle Wolken am Horizont sind schon zusehen. Wenn man sich die Konjunkturdaten anschaut und im Handelsblatt liest „Konjunkturloch: Deutsche Industrie in der Rezession – Stärkstes Produktionsminus seit Mai 2020“, sind das keine guten Zeichen.

Aber neben den genannten Herausforderungen gibt es aber auch Chancen für unsere Gemeinde, auf die ich später etwas ausführlicher eingehen möchte.

1. Finanzen / Haushalt

Zum Haushalt: Die Gemeinde verfügt wie in den vergangenen Jahren bereits auch über ein solides Eigenkapital und über eine gute Liquidität. Es müssen keine Kassenkredite aufgenommen werden. Der Fehlbetrag von -1,085 Mio. € laut erster Veränderungsliste vom 14. Dezember 2023 lässt sich mit der Ausgleichsrücklage fiktiv ausgleichen. Selbst mit dieser Kompensation wird die Ausgleichsrücklage aufgrund des voraussichtlich positiven Ergebnisses von 2,024 Mio. € laut Finanzzwischenbericht steigen. Die Liquidität liegt am 01. Januar 2024 bei rund 8,1 Mio. €, obwohl Investitionsdarlehen in Höhe von 3,4 Mio. € zurückgezahlt wurden. Dadurch wurde die Verschuldung der Gemeinde auf 3,0 Mio. € reduziert. Beides erweitert unseren Handlungsspielraum für die Zukunft. Besonders bemerkenswert ist auch, gerade wenn man die Haushaltsplanungen anderer Städte und Gemeinden in NRW betrachtet, dass weder für das kommende Jahr noch für die Folgejahre die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes erforderlich ist.

Gerade in dieser schwierigen Zeit ist es ein wichtiges Signal, dass in diesem Haushaltsentwurf, wie im vergangenen Entwurf auch, keine Steuererhöhungen vorgesehen sind. Insbe-

sondere im Hinblick auf die Grundsteuern A und B sowie die Gewerbesteuer ist dies im Interesse der Bürgerinnen und Bürger sowie der Gewerbetreibenden. Die Gebühren, die in diesem Jahr erhöht werden, beruhen auf den anfallenden Kosten in den entsprechenden Gebührenhaushalten und müssen daher umgelegt werden. Aber dies geschieht auch mit dem Wissen, dass es Aufgrund der Grundsteuerreform hier im nächsten Jahr Änderungen geben wird.

2. Investitionen

Nun ein paar Worte zu den Investitionen, die wir tätigen werden.

Straße, Schule und Sportstätten

Die Investitionen in unsere Infrastruktur im Jahr 2024, in unsere Straßen, Feuerwehren, Schulen und in Sportstätten, sind wichtig und richtig. Dabei wird wieder ein erheblicher Betrag von 2,4 Mio. € in Straßenbaumaßnahmen investiert. Zusätzlich werden über 700.000 € in Schulen und Sportstätten investiert, um den Standort „Gemeinde Bestwig“ zu fördern. Die konsequente Fortsetzung der Investitionen in unsere Grundschulen ist nur folgerichtig.

Zu den Investitionen in die Sportstätten gehört auch der Bau einer Laufbahn auf der Sportanlage Am Bähnchen. Die Laufbahn ist das letzte Puzzle-Stück, das noch fehlt, um dieses Projekt abzuschließen. Um den kompletten Sportkomplex auch als Breitensportanlage nutzen zu können, ist dies notwendig. Es ist bedauerlich, dass es für solche wichtigen Projekte, gerade in diesem sportfördernden Bereich, keine Zuschüsse oder Fördermöglichkeiten gibt. Da dies in naher Zukunft auch nicht absehbar ist, befürworten wir die Umsetzung der Laufbahn im kommenden Jahr. Erwähnen möchte ich auch an dieser Stelle die 48.600 € Sportförderung an den TV Germania Ostwig zur Kunstrasensanierung des Kleinspielfeld in Ostwig.

Weitere Investitionen sind wegweisend und bieten die oben genannten Chancen und werden die Entwicklung unserer Gemeinde in den nächsten Jahren, wenn nicht sogar Jahrzehnten beeinflussen.

Schulzentrum / Gesundheitscampus

Ein Beispiel hierfür ist die Investitionssumme von 650.000 € für den Umbau des Schulzentrums. Mit diesem Investment sollen Räumlichkeiten für eine Physiotherapiepraxis geschaffen werden. Das Gebäude würde ansonsten leer stehen und um eine mögliche andere Nutzung hätte hier diskutiert werden müssen. Es ist unwahrscheinlich, dass hier in absehbarer Zukunft wieder eine Schule einziehen wird. Die Physiotherapiepraxis und die Bildungsakademie für Therapieberufe, die bereits als Mieter dort ansässig ist, bilden dann möglicherweise den ersten Schritt in Richtung eines zukünftigen Gesundheitscampus. Dies ist eine interessante Option für die zukünftige Ausrichtung des Gebäudekomplexes und ist in dem Sinne auch Standort- und Wirtschaftsförderung. Eine sehr spannende Entwicklung.

Klima

Die Investitionen im Klimabereich von 285.100 € sind folgerichtig und setzen den Weg fort, den wir mit unseren Anträgen in den letzten Jahren eingeschlagen haben.

Es muss dabei aber möglich sein, dass wenn man als Gemeinde in klimafreundliche Energien, wie z. B. in PV-Anlagen auf gemeindeeigenen Dächern, investieren will, dass sich dies am Ende auch wirtschaftlich rechnet. Die Entwicklung geht glücklicherweise in die richtige Richtung. Wir haben selbst erlebt, wie schnell sich die Rahmenbedingungen im Bereich des Klimaschutzes / Erneuerbare Energien ändern können, insbesondere in Bezug auf neue Fördermöglichkeiten und Gesetze.

Gerade im Hinblick auf den Energieverbrauch und die Energieversorgung der gemeindeeigenen Gebäude gilt es hier ständig zu schauen, wo Verbesserungspotentiale liegen. Gerade

mit Blick auf die Ölheizungen in der Turnhalle in Ostwig und dem Feuerwehrgerätehaus in Andreasberg stellt sich mir schon die Frage, wie hier mittel- bis langfristig eine andere, klimafreundliche Lösung gefunden werden kann.

Aber auch mit Blick auf den Rathausvorplatz stellt sich die Frage, ob es hier gestalterische Möglichkeiten und kreative Ideen gibt, um diesen öffentlichen Raum nachhaltiger zu entwickeln – Stichwort Flächenentsiegelung, Reduzierung von Wärmeinseln. Ich will hier nicht zu viel verraten, aber ich kann schon sagen, dass wir uns in der Fraktion damit beschäftigt haben und dass es hier zu gegebener Zeit einen Antrag geben wird.

Feuerwehren

Die Investitionen in unsere Feuerwehren werden konsequent fortgeführt. Es wird nicht nur in Gebäude, sondern auch in Fahrzeuge und Ausrüstung investiert. Ein Blick ins Detail zeigt, dass ein neues Feuerwehrfahrzeug mit etwa 460.000 € zwar nicht günstig, aber dennoch notwendig ist. Auch die Mittel für einen Transporter für die Löschgruppe Ostwig decken den Bedarf und sind gut angelegt.

Nach dem Umbau des Feuerwehrgerätehauses in Nuttlar und den ersten Maßnahmen in Ramsbeck steht die Planung für das Feuerwehrgerätehaus in Ostwig an.

Hier ist es wichtig, dass bei der Suche nach möglichen Standorten die Planung frühzeitig gemeinsam mit Vertretern der Löschgruppe Ostwig, dem Ortsvorsteher und gegebenenfalls den ortsansässigen Ratsmitgliedern erörtert wird.

3. Allgemeines / Konzepte

Zum Schluss möchte ich noch etwas zu allgemeinen Themen sagen, die uns beschäftigt haben und auch noch werden.

Radweg von Ostwig-Gevelinghausen nach Heringhausen

Ein wichtiger Aspekt bei der Weiterentwicklung der Gemeinde Bestwig ist der Ausbau des Radwegenetzes. Daher ist unser Antrag auf den Ausbau der Radwegverbindung über die Steh von Ostwig-Gevelinghausen in Richtung Heringhausen konsequent. Die Rückmeldung des Hochsauerlandkreises vom 01. März 2023 zeigt einen Zeitrahmen für den Grundstückserwerb bis 2025, die Planung und Ausschreibung bis 2027 und die Ausführung im Jahr 2028 auf. Es sei mal dahingestellt, wie weit dieser Zeitrahmen überhaupt eingehalten wird. Wir müssen jedoch hier am Ball bleiben und signalisieren, dass dieser Radweg einen hohen Stellenwert für uns hat. Um dies zu zeigen, heißt es: Im Frühjahr muss beim Hochsauerlandkreis nachgefragt werden, inwieweit die gesetzten Meilensteine noch Bestand haben. Wir müssen dadurch die Notwendigkeit verdeutlichen, dass dieses Vorhaben wichtig für uns ist.

Seniorenpflegeeinrichtung

Ein weiteres spannendes Projekt und auch eine Chance für die Gemeinde Bestwig, die wir heute auch auf der Tagesordnung haben, ist die „Seniorenresidenz Auf der Burg.“ Angesichts des demografischen Wandels wird der Bedarf an solchen Einrichtungen in Zukunft steigen. Gerade im Hinblick auf die laut Flächennutzungsplanänderung mögliche Nutzung als Seniorenwohnheim und Pflegeheim mit stationären Pflegeplätzen oder Wohnungen und Wohngemeinschaften mit stationärer und / oder ambulanter Pflegeversorgung könnte sich dies als Leuchtturmprojekt für die Gemeinde Bestwig herauskristalisieren. Derartige Angebote sind im Sauerland selten. Die Lage für eine solche Einrichtung an der ehemaligen B7 ist ideal mit kurzen Wegen zu Supermärkten oder zu den öffentlichen Verkehrsmitteln. Es ist bemerkenswert, dass so etwas hier bei uns geplant wird. Ich hoffe, dass es am Ende auch zur Umsetzung kommt und das Projekt nicht an steigenden Bauzinsen und Baukosten scheitert.

Windenergie

Wir haben ehrgeizige Anstrengungen unternommen, unseren Flächennutzungsplan bis zum 01. Februar 2024 zu ändern, um der Windenergie hier in Bestwig substanziell Raum zu geben. Aufgrund verschiedener Faktoren, wie sie unter Punkt 12 unserer heutigen Tagesordnung mit der Verwaltungsvorlage 119/2023 beschrieben werden, ist dieses Vorhaben gescheitert. Durch die Veröffentlichung der Windflächen im Regionalplan wurden andere Fakten geschaffen. Fakten, die nicht mehr wie in unserer Planung 17 % Fläche für Windenergie vorsehen, sondern nur noch ca. 3,5 %. Diese 3,5 % sind jetzt die untere Grenze.

Mussten wir in unserem Flächennutzungsplanverfahren mit der Negativplanung noch stark abwägen und gerichtsfest begründen, warum an dieser Stelle Windenergie zugelassen werden soll und an anderer Stelle nicht, so haben wir jetzt im Sinne einer Positivplanung die Entscheidung selbst in der Hand. Ich glaube, die Wahrheit wird nicht bei 3,5 % bleiben, aber auch nicht bei den ursprünglich geplanten 17 % landen. Ich kann mir gut vorstellen, dass wir hier in Bestwig zukünftig mehr Energie erzeugen als wir verbrauchen.

Was von dem Flächennutzungsplanverfahren übriggeblieben ist, ist unsere Windpotenzialanalyse, die uns als Werkzeug an anderer Stelle noch nützlich sein kann. Das ganze Verfahren hat uns aber viele Ressourcen gekostet. Vor allem für uns Ratsmitglieder, die sich immer wieder mit neuen Gesetzesänderungen und Verwaltungsvorlagen auseinandersetzen mussten. Nicht immer eine leichte Lektüre.

Was mich aber am meisten ärgert, ist, dass es Kapazitäten im Bauamt über die Maßen gebunden hat. Manchmal hat man den überspitzten Eindruck, dass sich das Bauamt ausschließlich mit Windenergie beschäftigt. Dabei heißt der zuständige Ausschuss für das Bauamt Gemeindeentwicklungsausschuss. Aber wenn Herr Stralka in der letzten Ausschusssitzung am 16. November sagt, dass das Wohnbauflächenkonzept wegen der Priorisierung der Windenergie zurückgestellt wurde, dann hat das Thema in seiner raumübergreifenden Art die Gemeindeentwicklung ein Stück weit gebremst. Obwohl das Thema nun etwas abebbt, sollten wir vermeiden, dass die nächste Planung Ressourcen im Bauamt bindet. Jetzt geht es erst einmal darum, Prioritäten zu setzen. Prioritäten für die Gemeindeentwicklung. Wenn wir 2024 mit unseren angefangenen Konzepten, z. B. dem Wohnbauflächenkonzept, entscheidend weiter sind, können wir uns gerne danach anderen Aufgaben widmen.

Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich das Bürgerbeteiligungsgesetz begrüßen. Für die Akzeptanz in der Bevölkerung ist es wichtig, dass die Bevölkerung und die Kommunen an der Windenergie partizipieren. Wenn die Wertschöpfung hier in der Gemeinde stattfindet, ist es für die Akzeptanz wichtig, dass auch ein Teil der Erträge hier in der Gemeinde bleibt - in welcher Form auch immer. Hier gibt es ja viele Möglichkeiten. Oder wie Dr. Christian Untrieser (CDU) dazu am 13. Dezember 2023 im Landtag sagte: „Wo sich demnächst ein neues Windrad dreht, da soll es auch in den Kassen von Kommunen und von Bürgerinnen und Bürgern klingeln“ (Quelle: <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Document/MMP18-51.pdf>). So wird sich die Windenergie auch mittelfristig positiv auf den Haushalt der Gemeinde Bestwig auswirken.

Wohnbauflächenkonzept

Das Wohnbauflächenkonzept ist eine der Aufgaben, die vorangetrieben werden müssen, bevor wir vorauseilendem gehorsam das nächste Konzept anfangen, das uns aus Berlin auferlegt wird. Das Wohnbauflächenkonzept steht derzeit still, da das Thema Windenergie wie erwähnt ganz oben auf der Tagesordnung stand.

Es darf nicht passieren, dass Flächen, die z. B. in Heringhausen oder Ostwig für Wohnbau in Frage kommen und dringend benötigt werden, aufgrund fehlender Rückmeldung aus der Verwaltung nicht mehr zur Verfügung stehen, weil im schlimmsten Fall vielleicht auf diesen Flächen wieder Weihnachtsbäume gepflanzt werden. Dies muss unbedingt vermieden werden. Ich erwarte daher von der Verwaltung, dass wir im Rat über die Priorisierung

von Flächen sprechen, bevor es zu spät ist.

Im Haushalt stehen 650.000 € für Grunderwerb zur Verfügung und für die Jahre 2025 und 2026 jeweils weitere 500.000 €. Hier muss so langsam sprichwörtlich Fleisch an den Knochen kommen, um nach außen zu signalisieren, dass wir uns aktiv um Wohnbauflächen kümmern. Wir müssen Möglichkeiten schaffen, damit junge Menschen in ihren Heimatorten bleiben oder dorthin zurückkehren können, um hier Familien gründen zu können. Ich kenne es selbst und aus meinem Freundeskreis, wie schwierig die Situation ist und wie wichtig das Thema, gerade auch mit Blick auf den Demografiebericht, der sagt, dass wir eine schrumpfende Gemeinde sind.

Wie wir vorhandene Baugrundstücke verteilen, ist noch offen. Doch bevor wir über Regeln zur Vergabe sprechen können, müssen wir erst Grundstücke zum Vergeben haben. Außerdem ist bei den derzeitigen hohen Bauzinsen und Baukosten nicht damit zu rechnen, dass ein Überangebot an Bewerbern für Grundstücke bestehen wird. Dennoch haben wir auch Ideen, wie eine Vergabe aussehen könnte. Das Interesse an Grundstücken ist vielleicht nicht mehr so stark wie vor zwei bis drei Jahren. Dennoch müssen wir hier unsere Hausaufgaben machen.

Flüchtlingssituation

Ein beherrschendes Thema ist die Flüchtlingssituation in der Gemeinde Bestwig, die sich mit den Investitionen in die Flüchtlingsunterkunft in Ostwig und die Mittel für die Wohncontainer auch im Haushalt widerspiegelt und uns zeigt, dass wir uns mit dieser Situation noch länger beschäftigen werden.

Es ist wichtig, dass wir finanzielle Unterstützung zur Bewältigung der Krise erhalten. Aber das ist nur die andere Seite der Medaille. Die Situation bringt auch eine enorme Belastung in der Verwaltung mit sich und bindet auch Ressourcen, die an anderer Stelle fehlen. Das lässt sich nicht zu 100 % mit Geld kompensieren. Aber vielleicht noch wichtiger als die finanzielle Unterstützung ist jedoch, dass diese Situation bewältigt wird. Die Flüchtlingszahlen sind so hoch wie noch nie. Die Menschen sind verunsichert und haben auch ein Stückweit Angst, weil nicht abzuschätzen ist, was noch passiert.

Und man steht auch als Lokalpolitiker in der Diskussion und wird gefragt, wo das noch hinführen soll. Die berechtigte Verunsicherung besteht ja: Wo sollen wir die Flüchtlinge noch unterbringen? Müssen vielleicht Turnhallen in Unterkünfte umfunktioniert werden, so wie in anderen Kommunen in NRW bereits geschehen? Was passiert mit den Kinder-, Jugend- und Breitensport, der schon in der Corona-Zeit arg gelitten hat?

Wichtig ist, dass wir alles daran setzen, dass so lange wie möglich keine Sporthallen zu Flüchtlingsunterkünften umfunktioniert werden müssen. Vorher müssen alle anderen Möglichkeiten ausgelotet werden, um dies zu verhindern. Deswegen ist es gut und richtig, dass in diesem Haushalt Mittel bereitstehen, um Wohncontainer zu kaufen.

Und jetzt spreche ich als Lokalpolitiker, als Ratsmitglied. Es ist mir am Ende egal, welche Partei welche Vorschläge hat. Es gibt nicht den Königsweg. Es gibt keine Patentlösung. Die Asylsituation ist komplex und erfordert ein breites Spektrum an Lösungsansätzen. Dazu zähle ich die Diskussion über die Möglichkeit, Länder als sichere Drittstaaten einzustufen, die Einführung von Kontrollen an den EU-Binnengrenzen, die Schaffung von Aufnahmezentren an den EU-Außengrenzen oder die Stärkung der legalen Zuwanderung. Auch die strengere Durchsetzung bestehender Abschieberegelungen gehört dazu. Nur durch eine konsequente Abschiebung von Personen ohne Bleiberecht kann Platz für jene geschaffen werden, die wirklich unseren Schutz benötigen. Wichtig ist nur, dass jetzt was passiert. Jetzt sind die Probleme in den Kommunen. Jetzt stehen wir vor der Frage, wo wir noch Menschen unterbringen können.

Die aktuelle Flüchtlingssituation ist und bleibt eine Herausforderung. Die Situation betrifft alle

Beteiligten, von den Flüchtlingen über die Verwaltung bis hin zu den Dorfgemeinschaften. Die Kommunen sind am Limit, die Stimmung in der Bevölkerung droht zu kippen. Trotzdem ist es wichtig, eine positive Einstellung und Akzeptanz gegenüber den Flüchtlingen zu bewahren.

Ich habe es in meiner letzten Rede schon gesagt, der Bürgermeister in seiner Rede zum Haushaltsentwurf ebenfalls. Ich möchte an dieser Stelle noch einmal Danke sagen. Ein Danke an die Verwaltung, stellvertretend an Frau Schmitten für ihre Abteilung für das Management der Flüchtlingssituation hier in der Gemeinde. Ein Danke aber auch an alle Bürgerinnen und Bürgern, die unterstützend in der Flüchtlingshilfe tätig sind.

4. Fazit

Unser Fazit ist: Die CDU-Fraktion stimmt dem Entwurf des Haushalts mit sämtlichen Anlagen zu.

Im Namen der CDU-Fraktion möchte ich mich bei Bürgermeister Ralf Péus, unserem Kämmerer Roland Burmann, Bauamtsleiter Jörg Stralka, sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die gute Arbeit, gerade auch in dieser schwierigen Zeit, bedanken.

Und ich möchte mich bei den Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion und den Grünen für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit im Rat bedanken. Ich wünsche Ihnen allen eine schöne Weihnachtszeit und einen guten Start ins neue Jahr.

Vielen Dank und bleiben Sie gesund.

Sodann nimmt der **Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion, Ratsmitglied Paul Theo Sommer**, zur Haushaltssatzung und zu den Anlagen Stellung. Er hält folgende Haushaltsrede:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir leben in einer Zeit voller Krisen. Corona ist zwar noch nicht verschwunden, und wird auch nicht verschwinden, aber die vielen Einschränkungen in der Pandemie, die unser Leben seit dem Frühjahr 2020 drei Jahre lang in teils hohem Maße beeinflusst haben, gehören der Vergangenheit an. Diesbezüglich könnten wir also zur Normalität übergehen, aber außenpolitische Ereignisse lassen das nicht zu. Russlands Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 veränderte die Sicherheitslage in Europa dramatisch und hatte eine bedrohliche Energiekrise mit explodierenden Preisen und großen Unsicherheiten bei der Energieversorgung zur Folge. Der Begriff „Zeitenwende“ ist nach wie vor voll berechtigt. Mit Entsetzen und Fassungslosigkeit schauen wir Richtung Naher Osten und verfolgen die dortigen Ereignisse in Israel und im Gazastreifen. Wir sehen viel menschliches Leid und unglaubliche Zerstörung. Und das sind nur zwei Orte, wo die Welt aus den Fugen geraten ist.

Und da, wo die Lebensumstände schwierig und zum Teil unerträglich sind, machen sich die Menschen auf den Weg um es besser zu haben. Das ist menschlich und nachvollziehbar. Und wenn man schaut, aus welchen Ländern die meisten Flüchtlinge (nach Bestwig) kommen, dann sind auf den ersten drei Plätzen Ukrainer, Syrer und Afghanen, also Kriegsgebiet, Bürgerkriegsgebiet, Taliban-Herrschaftsgebiet. Und viele dieser Menschen kommen nach Deutschland, und somit auch nach Bestwig. Und diese Menschen brauchen eine zumutbare Unterkunft, das ist unsere humanitäre Pflicht.

Der Bürgermeister hat die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen für uns vor Ort nicht nur als größte Herausforderung, sondern auch als das allergrößte Problem benannt. Da hat er Recht.

Schon jetzt sind die Flüchtlingszahlen deutlich höher als in der Flüchtlingskrise 2015 / 2016. Und

alle haben bisher eine vernünftige Unterkunft bekommen. Und das möchte ich an dieser Stelle sagen, die Gemeindeverwaltung, das Team des Bürgeramts, hat da gut gearbeitet. Und diese Aufgabe ist schon eine ganze Zeit lang herausfordernd.

Auch ich zitiere Altbundespräsident Joachim Gauck „Unser Herz ist weit, aber unsere Möglichkeiten sind endlich“. Diese Worte bringen das Problem auf den Punkt und sie gelten auch für Bestwig. Die Möglichkeiten der Unterbringung neigen sich dem Ende zu.

Und diese Dramatik, dass wirklich kein Raum mehr zur Verfügung steht, ist bei manchem Politiker in Berlin und Düsseldorf offensichtlich noch nicht angekommen. Da wird in Talkshows viel theoretisiert aber die Praxis ist hier vor Ort. Da muss man handeln, nicht nur reden.

Natürlich gibt es nicht die einfachen Antworten auf steigende Flüchtlingszahlen und ohne koordinierte Abkommen wird es eine gerechtere Verteilung in Europa nicht geben. Auch zu großen Abschiebezahlen wird es nicht kommen. Da dürfen wir uns nichts vormachen. In Kriegsgebiete wird nicht abgeschoben. Abgelehnte Asylbewerber werden von ihren Herkunftsländern nicht aufgenommen. Da wird sich so schnell nichts ändern. Die Abschiebequote wird gering bleiben.

Die Menschen, die hier sind, wollen bleiben und bleiben auch zum großen Teil.

Eine größere Rückkehrbewegung könnte zurzeit nur die Beendigung des Ukraine-Krieges bewirken. Aber das ist nach übereinstimmenden Expertenmeinungen nicht zu erwarten. Und der Westen muss auch verhindern, dass Putin den Krieg gewinnt und die Ukraine annektiert. Denn dann würden noch viele Ukrainer zu uns kommen, die Unterkünfte suchen.

Kurzfristig geht es nur mit Pragmatismus. Und da Konsens besteht, unsere Turnhallen nicht zu belegen, ist es richtig jetzt Wohncontainer zu beschaffen.

Hierfür akzeptable Standorte zu finden, wird die nächste große Herausforderung sein. Da steht die SPD-Fraktion unterstützend zur Verfügung.

Der Bürgermeister hat am 23. November den Haushaltsentwurf 2024 eingebracht.

Nach Berücksichtigung der 1. Veränderungsliste (Stand 14.12.23) werden beim Ergebnisplan Erträge von ca. 24,693 Mio. € erwartet, bei Aufwendungen in Höhe von ca. 25,779 Mio.€. Das bedeutet einen Fehlbedarf in Höhe von rund 1,085 Mio. €.

Die Summe kann durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gedeckt werden. Der Haushalt ist also fiktiv ausgeglichen.

Und ein Blick über den Tellerrand zeigt, dass andere Kommunen im HSK und auch der Hochsauerlandkreis selbst, vergleichsweise größere Defizite aufweisen.

Das darf aber keine Entschuldigung sein, unser gemeinsames Ziel muss ein strukturell ausgeglichener Haushalt sein. Davon sind wir leider weit entfernt.

Die Finanzplanung der nächsten Jahre weist jeweils Fehlbedarfe im 7stelligen Bereich aus, für 2025 rd. 2,354 Mio. €. Das ist schon Anlass zur Sorge.

Erfreulich ist und bleibt, dass wir durch die guten Jahresabschlüsse der Haushaltsjahre 2017 bis 2022 und prognostiziert auch 2023 die Ausgleichsrücklage deutlich aufstocken konnten. Wir haben von wirtschaftlich guten Jahren und vor allem hohen Gewerbesteuererträgen profitiert. 2020, noch gar nicht so lange her, konnten wir die Haushaltssicherung, die im nächsten Jahr vielen NRW-Kommunen droht, verlassen. Absehbar besteht für uns keine Verpflichtung zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes.

Man sollte grundsätzlich nach vorn schauen, aber gestatten sie mir einen kurzen Blick zurück.

Wir haben uns in der Dezember-Ratssitzung im letzten Jahr mit der Rückzahlung von Investitionsdarlehen befasst und hatten empfohlen, die vorzeitige Darlehenstilgung nicht umzusetzen, die immerhin eine Vorfälligkeitsentschädigung in Höhe von knapp 330.000 € beinhaltete. Wir hatten empfohlen den Ablösebetrag von rund 3,1 Mio. € nicht zur Sondertilgung zu verwenden, sondern als Festgeld der Gemeinde anzulegen, das hätte bei einer Guthabenverzinsung von 3 % einen Guthabenzins von rund 92000 € ergeben. Und das hätte einen betriebswirtschaftlichen Vorteil von rd. 18000 € pro Jahr ergeben.

Mit der Ablösung der Darlehensrestschuld von rd. 3,1 Mio. € haben wir (nach der damaligen Mittelfristprognose) günstige Darlehenszinsen aufgegeben. Wir dachten da an die geplanten

Investitionen der Jahre 2024ff für den Neubau der Feuerwehrrhäuser, neue Feuerwehrfahrzeuge, Sanierung Besucherbergwerk u.a.m.) Jetzt werden Kredite nötig, sicherlich mit der Schaffung von Gegenwerten (weil Investitionen) aber zu welchem Zinssatz?

Vor einem Jahr wurde unserer Empfehlung nicht gefolgt und anders abgestimmt, eine zu akzeptierende demokratische Entscheidung. Wir sind aber der Meinung, eine andere Entscheidung wäre für die Gemeinde besser gewesen.

Zurück zum Haushalt 2024.

Wie ich bereits in der Haupt- und Finanzausschusssitzung deutlich gemacht habe, begrüßen wir ausdrücklich den Verzicht auf Steuererhöhungen. Das ist gerade in der heutigen Zeit mit den massiven Erhöhungen der Energie- und Lebensmittelpreise das richtige Zeichen, dass nicht alles teurer werden muss.

Die überschaubaren Erhöhungen beim Winterdienst, bei den Abfallentsorgungsgebühren und einzelnen Positionen bei den Friedhofsgebühren sind notwendig und nicht zu vermeiden.

Der Gewerbesteueransatz wurde deutlich um 1.3 Mill. € auf 6,5 Mio. € erhöht. Das ist optimistisch, aber durch die zuletzt guten Ergebnisse gerechtfertigt.

Bei den Transferaufwendungen sind die Kreis- und Jugendamtsumlage wieder der dickste Brocken. Auch dieses Mal nehmen wir die riesige Summe wieder grummelnd zur Kenntnis.

In diesem Jahr zahlen wir zusammen nach dem neuen Ansatz 9,346 Mill.€, wieder ein neuer Höchststand.

Fast schon überraschend ist die zuletzt förmlich explodierte Jugendamtsumlage mit knapp 3,6 Mill. € nahezu gleich geblieben. Ich hatte ja im letzten Jahr darauf hingewiesen, dass wir fürs Jugendamt 2015 1,844 Mio. € und im letzten Jahr 3,609 Mio.€ bezahlt haben, also in 8 Jahren fast eine Verdoppelung.

Ist das in diesem Jahr eine Ausnahme? Bleibt das so oder ist in den nächsten Jahren wieder mit deutlichen Steigerungen zu rechnen.? Es wäre interessant, mal vom HSK- Jugendamt direkt zu erfahren, wie eine solche Kostensteigerung zustande kommt und wo das viele Geld eingesetzt wird.

Ich wiederhole meine Anregung vom letzten Jahr, dass der Leiter des Jugendamtes mal zu uns nach Bestwig kommt und in einer Rats- oder Ausschusssitzung berichtet.

Bei den **Investitionen**, auch das habe ich schon in der Ausschusssitzung vorgetragen, sehen wir die vom Bürgermeister aufgeführten 7 Blöcke als erforderlich an.

Wir müssen investieren, um nicht irgendwann einen großen Nachholbedarf zu haben, den wir dann finanziell nicht mehr stemmen können!

Bei den **Straßenbaumaßnahmen** (2,401 Mio.€) müssen wir daran denken, dass sehr viele Straßen im Gemeindegebiet in einem schlechten Zustand sind und saniert werden müssen. Jeder von uns hat sicherlich eine Straße in seinem Dorf vor Augen, wo besser heute als morgen die Sanierung beginnen sollte. Man muss kein Prophet sein, um festzustellen, dass diese Investitionen auch in den Haushalten der nächsten Jahre ganz oben auf der To-do-Liste stehen.

Ich hoffe, dass die Landesregierung noch bestehende Unsicherheiten bei den Straßenausbaubeiträgen beseitigt und die Beitragspflichten für Eigentümerinnen und Eigentümer per Gesetz endgültig abschafft.

Der **Feuerwehrbereich** (2,062 Mill.€) liegt in der Investitionssumme mit über 2 Millionen Euro auf dem zweiten Platz. Da wir aber nun die Aus-Um- und Neubauten der Feuerwehrgerätehäuser anpacken, bewegen wir uns, und nicht nur in diesem Jahr, im Millionenbereich. Und wenn -wie zuletzt in Nuttlar- ein Feuerwehrfahrzeug 30 Jahre alt geworden ist, dann muss es ausgetauscht werden. Und solch ein Fahrzeug kostet dann fast eine halbe Million Euro. Aber klar ist, wir wollen eine moderne und leistungsfähige Feuerwehr. Wir investieren in die

Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger.

Grunderwerb Wohnungsbau (650.000 €) haben wir ja im Wohnbauflächenkonzept verabredet. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass Bauinteressenten die realistische Möglichkeit haben in Bestwig zu bauen und damit in Bestwig bleiben bzw. nach Bestwig umziehen. Aber machen wir uns nichts vor. Kurzfristig wird es keinen Bauboom geben, dafür haben sich die Rahmenbedingungen (Baupreise, Zinsen) zu sehr negativ verändert. Aber wenn das Bauen für Otto-Normalverbraucher wieder zu realisieren möglich ist, muss das in Bestwig auch möglich sein. Und deshalb müssen wir unsere Hausaufgaben machen.

Beim **Umbau OG Schulzentrum** (650.000 €) gilt es, die Nachnutzung unseres Schulzentrums auf stabile Füße zu stellen. Wir haben so viel Geld in dieses Gebäude gesteckt, dass es unbedingt weiter genutzt werden muss. Wenn schon der Begriff „Gesundheitscampus“ fällt... warum sollten nicht Arztpraxen dort möglich sein?

Was auf jeden Fall verhindert werden muss ist Leerstand. Ein leerer Gebäudetrakt kann nicht im Interesse der Gemeinde sein.

Investitionen im **Schulbereich** (352.100 €) sind immer sinnvoll. WC-Räume zu sanieren wie in der Andreas-Schule in Velmede sind eine pure Selbstverständlichkeit.

Und am Rande bemerkt....Sporthallen für die Kinder zur Verfügung zu haben, ist auch eine Selbstverständlichkeit. Egal was die Zukunft bringt....Für Flüchtlingsunterkünfte muss eine andere Lösung gefunden werden.

Unsere Sporthallen müssen für die Schüler und die Vereine weiterhin uneingeschränkt zur Verfügung stehen.

Bei den Investitionen im **Klimabereich** (285.100 €) erinnere ich an den einstimmigen Beschluss in der Ratssitzung am 14.06.2023.

Zustimmung zur Errichtung einer PV-Anlage auf dem Wohn- und Feuerwehrgerätehaus Nuttlar und auf der Flüchtlingsunterkunft in Ostwig.

Bei den anderen ins Auge gefassten Dächern sollten weiterhin etwaige Förderprogramme geprüft und die Marktsituation beobachtet werden.

Mitte 2024 soll die Realisierung erneut beraten werden.

Also Umsetzung nur, wenn es sich wirtschaftlich rechnet.

Die für die Investition benötigten Mittel im Haushalt zu belassen ist richtig.

Wir können investieren, müssen es aber nicht.

Im Zusammenhang mit dem Klimaschutzthema möchte ich auch an unseren Antrag „Errichtung von E-Ladesäulen auf gemeindeeigenen Flächen“ erinnern.

Den Antrag hatten wir am 8. März (2023) gestellt und bereits am 17. Mai hatten wir eine Verwaltungsvorlage zur Beratung und Entscheidung vorliegen. Hier wurde im Rathaus also zügig gearbeitet. Wir wollten mit unserem Antrag ja einen Dreiklang erreichen, den Tourismus stärken, die Region zukunftsfähig machen und den Klimaschutz verbessern. Solch ein Antrag und die erste Umsetzung können auch nur ein erster Schritt sein. Wir haben immer noch viel zu wenig Ladesäulen für die wünschenswerte anteilmäßig größer werdende E-Mobilität. Wir müssen die Infrastruktur schaffen, nur dann wird es für die Menschen interessant sich ein E-Auto anzuschaffen. Auch das sei am Rande bemerkt, durch den aktuellen Wegfall der staatlichen Kaufprämie für E-Autos werden die Bestellungen zunächst sicherlich deutlich zurückgehen. Aber die Zukunft heißt nun einmal E-Mobilität.

Und noch eine Anmerkung zum Thema Klimaschutz durch erneuerbare Energien, konkret Windkraftanlagen.

Damit haben wir uns zeitlich mit Abstand am meisten beschäftigt, sowohl im Gemeindeentwicklungsausschuss als auch im Rat. Meinen Lieblingssatz, der vieles auf den Punkt bringt, äußerte in einer Sitzung mal Dipl. Ing. Michael Ahn vom Planungsbüro WoltersPartner aus

Coesfeld, mit dem die Gemeinde Bestwig schon viele Jahre zusammenarbeitet und der ein ausgewiesener Experte in Sachen Windkraft ist und seinen Vortrag über die Windenergiesituation mit den Worten begannman hat Schwierigkeiten das alles noch zu begreifen..... Er meinte damit die in den letzten Jahren durch die Politik in Bund und den Ländern beschlossenen und durch Gerichtsurteile geänderten rechtlichen und tatsächlichen Situation rund um die Windenergie. Stichworte sind hier Flächenziel, Abstandsregeln, Artenschutz, harte und weiche Tabukriterien, Bundesrecht, Landesrecht, Landesentwicklungsplan, Regionalplan, Lanuv-Studie und einiges mehr. Die Rechtsunsicherheit war zwischenzeitlich so groß, dass wir die geplante 4. Änderung unseres FNP ja im Juni 2022 eingestellt hatten. Wir haben aber das Buch Windenergie nicht zugeschlagen, sondern mit den neuen Erkenntnissen und geänderten rechtlichen Vorgaben das Verfahren zur 8. Änderung des FNP begonnen. Zunächst hatten wir auch einen Prüfauftrag erteilt, ob entsprechend der bisherigen strategischen Zielsetzung der nördliche Gemeindeteil, also der Arnsberger Wald, aufgrund seiner besonderen Qualität als Natur- und Erholungsraum im Rahmen der Steuerungsplanung freigehalten werden kann. Das hatte sich dann erledigt, Windkraft im Wald ist möglich, demnach auch im Arnsberger Wald, vor allem auf den Kalamitätsflächen, also auf den durch den Borkenkäfer geschädigten Bereichen. Und eins blieb beim Thema Windkraft. Die Rechtslage ist komplex und schwierig. Eine rechtssichere Planung hinzubekommen ist mühselig. Es wird den Kommunen nicht gerade leicht gemacht.

Und manchmal kann man politische Entscheidungen nicht verstehen.

Stichwort Vorsorgeabstand.....zu geschlossenen Siedlungsbereichen.

Da wollte NRW ursprünglich 1500 m haben. Man einigte sich auf 1000 m. Und nun schaffte im August die Landesregierung die 1000 m – Regelung vollständig ab (und es blieb lediglich der 300 m-Minimalpuffer.) Wie Herr Ahn immer wieder betonte: „Die 1000-m-Abstandsregel hat zu einer Befriedung der Auseinandersetzung rund um die Windkraft geführt“

Auch wenn es jetzt schwerfällt die 1000 m als weiches Tabukriterium rechtssicher zu begründen, waren wir der Meinung unbedingt bei diesem Abstand zu bleiben, als wichtiger Baustein bei Akzeptanz und Konfliktvermeidung. Und wir waren beim Vorentwurf in Bestwig bei 1234 ha Potenzialfläche, 18 % des Gemeindegebietes, bei 1000 m Vorsorgeabstand.

Es war und ist also gar nicht erforderlich auf diesen Vorsorgeabstand zu verzichten. Wir geben der Windkraft eindeutig genug substantiellen Raum. Unser Verbleiben bei 1000 m Abstand zur Wohnbebauung erregte auch mediales Interesse. WDR 5 – Westblick (24.8.) und Lokalzeit im WDR-Fernsehen (25.8.) berichteten. Eigentlich wollten wir in der (heutigen) Dezember-Ratssitzung den endgültigen Beschluss zur 8. Änderung des Bestwiger FNP fassen. Aber nichts läuft bei der Windkraft glatt und einfach.

Die Bezirksregierung Arnsberg hat aktuell neue Übersichtskarten mit mehr als 100 Windkraft-Potenzialflächen für den Kreis Soest und den HSK vorgelegt. Mit einem Beschluss des Regionalrates am 30. November in Arnsberg wurde das Verfahren zur verbindlichen Festlegung von Windkraftstandorten gestartet. Formell geht es um die Änderung des Regionalplanes Arnsberg, Teilabschnitt Kreis Soest und Hochsauerlandkreis. Klar ist, die Potenzialflächen der Arnsberger Planungskommission stimmen nicht mit den von uns erarbeiteten Potenzialflächen überein, vor allem im Bereich Arnsberger Wald.

Größenordnungsvergleich: FNP-Entwurf Gemeinde Bestwig 17%, des Gemeindegebietes (1153 ha), Regionalplan-Vorentwurf rd. 4% des Gemeindegebietes

Mittlerweile steht fest, dass die geplante 8. Änderung des FNP der Gemeinde Bestwig nicht vor dem 1.2.2024 wirksam werden kann und damit faktisch beendet wird. Wie es bei uns weitergeht, wird gleich die Beratung zu TOP 12 der heutigen Sitzung zeigen.

Zum Thema „Kommunale Wärmeplanung“ verweise ich auf die eben erfolgte Beratung und Entscheidung unter TOP 9 und 9.1 der heutigen Ratssitzung.

Bei den Investitionen im **Sportbereich** (366.000 €) ist die Erneuerung der Kraft-Wärme-Kopplungsanlage in der Schwimmhalle Velmede offensichtlich notwendig und diese Investitionsmaßnahme damit für uns unstrittig.

Beim Vorschlag Bau einer Tartanbahn ist das nicht ganz so einfach. Hier muss schon die

Frage gestellt werden, ob hier Fördergelder fließen könnten. Obwohl bei den Haushaltsproblemen von Bund und Land man realistisch damit nicht rechnen kann. Wir verlassen uns aber darauf, dass hier im Hause diese Möglichkeiten ernsthaft abgeklopft werden. Grundsätzlich ist unsere Fraktion auch der Meinung, die Sportanlage fertigzustellen. Das was da mittlerweile entstanden ist, ist vorzeigbar und wird auch ständig benutzt. Der geschotterte Bereich passt da nicht wirklich hin. Eine Tartan-Laufbahn wäre wünschenswert. Unseres Erachtens wird die Sportanlage auch für den Schulsport gebraucht. Ich erinnere daran, dass das Berufskolleg Bergkloster Bestwig seit dem Sommer 2022 ein Abitur mit dem Schwerpunkt Sport- und Gesundheitsförderung anbietet.

Zum Schluss meiner Ausführungen noch einige kurze Anmerkungen.

Trotz der schwierigen Haushaltslage unterstützen wir auch weiterhin unsere Vereine, ich nenne da beispielhaft die Schützenbruderschaften unserer Gemeinde.

Auch wir sehen die Notwendigkeit einer grundsätzlichen Diskussion zur Grundsteuer.

Stichwort „Interkommunales“ Gewerbegebiet, möglicher Standort Brilon, Am Nehdener Weg. Dort könnte gemeinsam mit Brilon und Olsberg ein solches Gewerbegebiet entstehen. Im August 2022 hatte der Rat der Stadt Brilon mit hauchdünner Mehrheit seine Zustimmung verweigert, die Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Hochsauerlandkreises damit zu beauftragen, Grundlagen für ein gemeinsames interkommunales Gewerbegebiet zu erarbeiten.

Wir fragen:

Wie kann es in dieser Sache weitergehen?

Müssen wir da die Initiative ergreifen?

Ist die Wirtschaftsförderungsgesellschaft HSK noch eingebunden?

Macht es Sinn, den Leiter der WFG einzuladen, um den aktuellen Stand zu erörtern?

Und eine letzte Anmerkung...

Es ist bekannt und auch unser Demografiebericht thematisiert das Problem, dass der Pflegebedarf, auch im stationären Bereich, größer wird. Wir begrüßen deshalb ausdrücklich den Neubau einer Seniorenresidenz mit 80 Pflegeplätzen in Borghausen. Das ist eine wünschenswerte Ergänzung zur bestehenden Christophorus-Seniorenresidenz in Velmede.

Die Änderung des Flächennutzungsplanes und die Aufstellung eines Bebauungsplanes beraten wir gleich unter TOP 13 der heutigen Ratssitzung.

Ich komme zum Fazit meiner Ausführungen.

Die SPD-Fraktion stimmt der vorgelegten Haushaltssatzung mit der Veränderungsliste zu.

Es bleibt mir noch, mich –auch im Namen der gesamten SPD-Fraktion- bei Bürgermeister Ralf Péus und dem Kämmerer Roland Burmann für die gute Zusammenarbeit zu bedanken. Danke sagen wir auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Rathaus für die geleistete Arbeit im vergangenen Jahr.

Und auch Ihnen, den Kolleginnen und Kollegen, der CDU-Fraktion und der Bündnis 90Grünen-Fraktion sagen wir Dankeschön für die Zusammenarbeit. Es war immer möglich sich nicht nur hier im Rathaus, sondern auch außerhalb dieses Hauses bei vielen Gelegenheiten sachlich und menschlich vernünftig zu begegnen.

Ich wünsche Ihnen allen eine schöne Weihnachtszeit und einen guten Start ins neue Jahr 2024.

Danke für die Aufmerksamkeit!

Anschließend hält der **Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Ratsmitglied Matthias Scheidt** folgende Haushaltsrede:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Ratsmitglieder,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir dürfen heute über den Haushalt 2024 debattieren und entscheiden. Was eigentlich um diese Zeit des Jahres eine Selbstverständlichkeit ist, ist wegen des Hackerangriffs auf die SIT und die damit verbundenen Ausfälle beim Hochsauerlandkreis und vielen angeschlossenen Kommunen, darunter auch Bestwig, doch nicht so selbstverständlich. Deshalb möchte ich meine heutige Haushaltsrede mit einem ausdrücklichen Dank an unseren Kämmerer Roland Burmann und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung beginnen. Vielen Dank, dass sie es auch in einer schwierigen Situation geschafft haben, den Haushalt aufzustellen und uns damit einen pünktlichen Beschluss ermöglichen.

Neben den kleineren Krisen vor Ort könnte man meinen, die Welt gerät ein Stück weit aus den Fugen. Immer noch Krieg in der Ukraine, neu angefachte Konflikte im Nahen Osten und auch die Auswirkungen des Klimawandels werden immer deutlicher. Und auch in Berlin und Düsseldorf läuft nicht alles rund, teils mit Auswirkungen für uns. Allerdings möchte ich an dieser Stelle keinen Exkurs zur Landes- und Bundespolitik machen, sondern lieber zu den wesentlichen Punkten des Haushalts kommen. Das ein oder andere findet sich darin schließlich auch wieder.

Herr Bürgermeister, Sie haben Ihre Haushaltsrede mit der Flüchtlingssituation begonnen und dabei darauf hingewiesen, dass wir nie einen Zweifel daran lassen werden, dass wir zu unserer humanitären Verantwortung stehen. Ein Satz, den ich zu diesem Zeitpunkt noch für bemerkenswert aber genau so auch für selbstverständlich unter Demokraten gehalten habe, ist es mittlerweile leider nicht mehr. Der Blick in die direkte Nachbarschaft bereitet uns große Sorgen, scheint doch die Briloner CDU diese, eigentlich christlichen Werte, vergessen zu haben. Während sich andere Kommunen ihrer Verantwortung bewusst sind und handeln, wird dort Symbolpolitik gemacht, die an der Realität vorbeigeht. Deshalb begrüßen wir es, dass wir uns hier in Bestwig sachlich mit diesem Thema auseinandersetzen und an Lösungen arbeiten. Die geplanten Wohncontainer, und eine über das Gemeindegebiet verteilte Aufstellung, ist dabei ein richtiger und wichtiger Schritt. Wenn die Kapazitäten zur Aufnahme von Flüchtlingen nicht mehr reichen, müssen wir kurzfristige Lösungen dafür finden und dieser Weg ist damit angestoßen. Langfristig sollten wir den Bau eines weiteren Gemeindeflüchtlingswohnheims im Auge behalten. Eine solche Immobilie kann uns auch abseits einer erhöhten Flüchtlingszahl sehr hilfreich sein, handelt es sich doch im Prinzip um sozialen Wohnungsbau, der in den letzten Jahrzehnten völlig vernachlässigt wurde.

Als wäre eine Krise nicht genug, gibt es ja auch noch den Klimawandel. Eine Sache, die uns nicht erst seit gestern verfolgt und immer drängender wird. Da ist der Ruf nach weltumfassenden Lösungen sehr verständlich. Man sollte jedoch auch kleine Schritte, die am Ende des Tages eine Menge ausmachen, nicht unterschätzen. Im Haushalt befindet sich unter dem Bereich Klimaschutz ein Posten, der einzig und allein aus der Installation von Photovoltaikanlagen auf gemeindeeigenen Dächern besteht. Was andere als normale und zeitgemäße Investition in Gebäude verbuchen würden, buchen wir unter Klimaschutz.

Natürlich erfüllen diese Anlagen einen Beitrag zum Klimaschutz, ich erinnere allerdings daran, dass wir aus rein wirtschaftlichen Gründen den Bau nach hinten verschoben haben. Ohne diese Photovoltaikanlagen wäre der Finanzaufwand für Klimaschutz bei 0. Das, meine Damen und Herren, ist bei einem Haushalt dieser Größenordnung einfach zu wenig. Wir brauchen uns nur in den umliegenden Kommunen umsehen, dann sehen wir viele Best Practice Beispiele für das, was man noch tun könnte. Einen detaillierten Exkurs spare ich mir an

dieser Stelle - aber lassen Sie uns im kommenden Jahr über dieses Thema sprechen und auch kritisch hinterfragen, ob wir nicht mehr tun können.

Vom Klimawandel direkt zu einem damit verbundenen Thema - Windkraft.

Die 8. Änderung des Flächennutzungsplans war ambitioniert - leider zu ambitioniert. Auch wenn es Anfangs hieß, wir machen eine Positivplanung, ist am Ende doch eine Negativplanung dabei herausgekommen. Dieser Fakt steht uns nun im Weg, um das Verfahren noch rechtzeitig zu beenden. Es gibt berechtigte Einwendungen, die eine erneute Offenlegung nötig machen und damit die Frist sprengen würden. Damit können wir rein Formal, das Verfahren nicht abschließen. So haben wir im Gegensatz zur Stadt Meschede einen guten Grund, wieso wir die Planung einstellen.

Zudem wollen wir uns in Zukunft ja nicht ausschließlich auf die ausgewiesenen Flächen des Regionalplans beschränken. Die bisherige Planung kann jetzt als echte Positivplanung dienen und ein Standortvorteil für Bestwig sein. Deshalb begrüßen wir den Vorschlag der Verwaltung zu diesem Schritt ausdrücklich. Zudem sollten wir an dieser Stelle zumindest einmal über die Möglichkeit einer Energiegenossenschaft nachdenken und mögliche Szenarien dazu prüfen. Damit können wir, neben der Kommunalabgabe, eine weitere Wertschöpfung in der Gemeinde schaffen und auch die Bürgerinnen und Bürger mitnehmen. Denn Windkraft ist doch gleich viel schöner, wenn man selbst etwas davon hat.

Ein letzter Punkt, den man auch zu diesem Themenbereich zählen kann, ist die kommunale Wärmeplanung. Wir haben zusammen mit der SPD-Fraktion die vorsorgliche Einstellung der dafür nötigen 60.000 € im Haushalt beantragt. Damit halten wir uns alle Wege offen und beschließen nicht frühzeitig bei unklarer Lage.

Leider wurde dieser Antrag gerade eben von der CDU-Fraktion abgelehnt. Dabei hätten wir uns nur alle Möglichkeiten offen gehalten. Es ging ja keineswegs darum, die Erstellung der Wärmeplanung zu beginnen. Wir haben bereits mit dem Antrag deutlich gemacht, dass auch wir die fehlenden Personalkapazitäten zum aktuellen Zeitpunkt erkennen und auch die Datenlage noch nicht ausreichend ist. Aber für den Fall, dass sich dies im kommenden Jahr ändern sollte, wären wir gerne vorbereitet gewesen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach den Straßenbaumaßnahmen sind die Investitionen in die Feuerwehr der größte Investitionsposten im Haushalt. In diesem Bereich wird in den kommenden Jahren dauerhaft investiert und das ist auch gut so! Wir stehen hinter den Plänen für die Feuerwehrgerätehäuser und die Beschaffung von neuen Fahrzeugen. Nur so können unsere Feuerwehrleute ihrer wichtigen Aufgabe auch mit der nötigen Infrastruktur nachkommen.

Generell sind gut getätigte Investitionen sinnvoll und schaffen Werte für die Zukunft. Der Grunderwerb für die Umsetzung des Wohnbaukonzepts ist solch ein Beispiel und nimmt dabei stattliche 650.000 € in Anspruch. Wir unterstützen dieses Konzept, gerade mit Blick auf den demografischen Wandel und die sinnvolle Innenentwicklung der Gemeinde. Bereits in der Vergangenheit haben wir in diesem Zusammenhang Richtlinien zur anschließenden Vergabe dieser Grundstücke gefordert. Hierzu scheint es auch eine gewisse Einigkeit zu geben, allerdings gibt es noch nicht mehr als positive Worte. Natürlich kann man sagen, es reicht, wenn die Richtlinien fertig sind, wenn wir die Grundstücke vergeben. Das allerdings ist für uns zu kurz gedacht. Wir wüssten gerne vorher, ob die Richtlinien die wir uns setzen, auch mit unseren Ideen übereinstimmen und tatsächlich zum Beispiel jungen Familien einen Vorteil bei der Vergabe geben. Auch eine getrübbte Stimmung auf dem Grundstücksmarkt ist kein Grund zu warten, schließlich braucht es für nur eines der Grundstücke zwei Interessenten und schon greift das neue Werk. Wer zuerst kommt, baut zuerst, ist für uns heute schlichtweg nicht mehr tragbar.

Trotzdem stimmen wir den geplanten Investitionen zu, allerdings nur unter der Prämisse, dass wir zeitnah über die Erstellung von Richtlinien diskutieren und diese vor dem ersten,

tatsächlichen Grunderwerb beschlossen sind. In diesem Zusammenhang freuen wir uns auch über den noch anstehenden Tagesordnungspunkt zur Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 143 „Seniorenresidenz auf der Burg“. Pflegeplätze werden dringend benötigt und es ist gut, dass ein Investor hier entsprechendes Bauinteresse hat. Vielleicht sollten wir hier auch einmal darüber nachdenken, wie wir generationsübergreifendes Wohnen - Stichwort Mehrgenerationenhäuser - fördern können.

Den Investitionen im Schulzentrum sowie im weiteren Schulbereich stehen wir positiv gegenüber. Gerade die Idee eines Gesundheitscampus am Standort des Schulzentrums kann ein guter Standortvorteil für Bestwig sein. Auf lange Sicht ergibt sich vielleicht sogar ein positiver Effekt auf die ärztliche Versorgung.

Auch die Installation einer neuen Kraft-Wärme-Kopplungsanlage im Schwimmbad Velmede begrüßen wir.

Einzig der Ansatz von 250.000 € für die Tartanbahn auf der Sportanlage Am Bähnchen wird von uns nicht ganz so positiv aufgenommen. Natürlich ist es eine sinnvolle Ergänzung zum neu errichteten Kunstrasenplatz, allerdings auch eine ordentliche Ergänzung zu den bereits sehr hohen Kosten für denselben. Das gute ist, dass der Platz ordentlich genutzt wird und wir selbes auch für die Laufbahn erwarten. Nichtsdestoweniger darf man im Rückblick die kritische Frage stellen, warum man bei der vorherrschenden Finanzlage nicht das Bauprojekt in einem Zug abgeschlossen hat. Für uns hat das etwas von Salami taktik, erst 650.000 € und dann in einem späteren Haushalt nochmal 250.000 € lesen sich einfach besser als die Gesamtsumme von sage und schreibe 900.000 €.

Sehr geehrte Damen und Herren,

damit komme ich nun noch zum Gesamthaushalt. Wir sind mit Blick auf die aktuelle Situation noch in einer relativ komfortablen Lage eine gut gefüllte Ausgleichsrücklage zu haben. Jedoch planen wir in Zukunft, wie in vergangenen Jahren auch, mit einem kräftigen Griff in diese, um einen fiktiv ausgeglichenen Haushalt darzustellen. Eben diesen Blick auf die vergangenen Planungen möchte ich noch kurz wagen. In den vergangenen Jahren hat jede Planung ein negatives Ergebnis ausgewiesen:

2023: - 1,2 Millionen €

2022: - 246.000 €

2021: - 1,19 Millionen €

2020: - 169.000 €

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, wer bei diesen Planungen von „Spare in der Zeit, dann hast du in der Not“ spricht, hat schon eine besondere Interpretation des Wortes „Sparen“. Zum Glück waren die Ergebnisse dieser Haushalte erheblich besser als die Planungen und daher können wir auch auf ein gutes Polster zurückgreifen. Mit guter Haushaltsführung kann ich diesen Fakt aber leider nicht begründen. Viel mehr haben wir doch von guter wirtschaftlicher Lage und hohen Nachzahlungen profitiert. Wenn die Planungen so eingetreten wären, wie Sie sie gemacht haben, würden wir heute über die Haushaltssicherung diskutieren.

Stattdessen hatten wir genug Geld, um vorzeitig Kredite zu tilgen, die wir hoffentlich nicht in der näheren Zukunft wieder aufnehmen müssen. Die Zinssituation würde uns einen schönen Strich durch die im letzten Jahr aufgestellte Rechnung machen. Nicht umsonst haben zwei von drei Ratsfraktionen dem nicht zugestimmt.

Zum Ende meiner Rede möchte ich noch kurz auf die Grundsteuerreform und die damit verbundenen Risiken eingehen. Die von Ihnen, Herr Bürgermeister, angesprochenen Sorgen in Bezug auf die Verteilung der Grundsteuern teilen wir. Die Reform sollte nicht zur stillen Aufbesserung der Erträge genutzt werden, es sollten jedoch auch nicht so erhebliche Verschiebungen und Mehrbelastungen hin zu den Eigentümern von Wohnbaugrundstücken stattfinden. Sie haben zu Recht auf die Notwendigkeit hingewiesen,

dass der Landesgesetzgeber hier tätig wird. Das heißt für uns, im nächsten Jahr neben der grundsätzlichen Diskussion zur Grundsteuer auch alle unsere Kontakte zu nutzen und auf eine dementsprechende Änderung hinzuweisen. Ich glaube, wir sind uns hier im Rat alle einig, dass wir die Steuerlast der Bürgerinnen und Bürger, wenn eben möglich, nicht erhöhen wollen.

Auch wenn wir den ein oder anderen Punkt kritischer betrachten und ich bereits auf gewisse Einschränkungen an einzelnen Stellen hingewiesen habe, stimmen wir dem vorgelegten Haushaltsentwurf heute zu.

Zum Abschluss darf ich mich bei Herrn Bürgermeister Péus, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und den Ratsmitgliedern für die stets konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit bedanken.

Ich wünsche Ihnen allen ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Start in das kommende Jahr.

Sodann ergeht folgender Beschluss

Der Rat der Gemeinde Bestwig beschließt die Haushaltssatzung 2024 mit ihren Anlagen in der am 10.11.2023 aufgestellten und bestätigten Fassung und unter Berücksichtigung der 1. Veränderungsliste vom 14.12.2023 gem. der Verw.-Vorlage Nr. 114/2023-1.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
27	0	0

Der Auszug entspricht dem Inhalt der Beratung.

Bestwig, den 21. Dezember 2023

Gemeinde Bestwig
Der Bürgermeister
i. A.

